

Ein Jahr Rot-Grün

Ernüchternde Bilanz der neuen Landesregierung

Anfang 2013 ist die neue rot-grüne Landesregierung an den Start gegangen und hat eine anspruchsvolle Koalitionsvereinbarung vorgelegt, die Hoffnung macht. Von fachlicher und rechtlicher Stärkung des Naturschutzes ist dort die Rede, der Naturschutz soll einen gleich hohen Stellenwert wie andere Fachdisziplinen bekommen, und das professionelle Fachpersonal sowie das ehrenamtliche Engagement sollen gestärkt werden. Der BUND hatte im vergangenen Jahr viel damit zu tun, die Realisierung dieser Ziele einzufordern.

Zieht man nach gut einem Jahr neuer Landesregierung ein Fazit, so ist lobend zu erwähnen, dass den Umwelt- und Naturschutzverbänden bei vielen Themen deutlich früher als bislang ein intensiver Dialog angeboten wird. Dabei geht es nicht nur um Information, sondern es findet tatsächlich ein reger Dialog statt.

Doch viele Ankündigungen der Regierung blieben bislang folgenlos: Der Moorschutz wird vom Umweltministerium konsequent als eines der Top-Themen unter Natur- und Klimaschutz-Gesichtspunkten bezeichnet und den Verlautbarungen des Ministeriums nach wird intensiv an einem neuen Moorschutzprogramm gearbeitet. Allerdings fragen inzwischen immer mehr Experten immer ungeduldiger nach konkreten Ergebnissen. Bemerkbar macht sich nicht nur beim Thema Moorschutz die unzureichende Ausstattung der Naturschutzverwaltung mit Mitteln und Personal – gemessen an den bevorstehenden Aufgaben sowie den großen Defiziten, die die schwarz-gelbe Vorgängerregierung verursacht hat.

Besonders dramatisch ist der Nachholbedarf dort, wo es um die Perlen des Naturschutzes geht: bei NATURA-2000-Gebieten und bei Umweltdaten zu den Tieren, Pflanzen und Lebensräumen innerhalb und außerhalb der Schutzgebiete. Die EU-Kommission hat deshalb gerade ein Beschwerdeverfahren gestartet. Es wird in jedem Fall erhebliche Defizite bei der Umsetzung von EU-Recht in Niedersachsen offenbaren – von der unzureichenden Abgrenzung von Schutzgebieten über die fehlenden erforderlichen Sicherungsvorschriften bis zu einem drastischen Mangel an Management- und Bewirtschaftungsplänen für solche Gebiete.

Fast durchweg zu loben ist der Kurs des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums – jedenfalls soweit es um die Themen Landwirtschaft und Verbraucherschutz geht. Erheblichen Verbesserungsbedarf sieht der BUND in der Abstimmung des Landwirtschafts- und des Umweltministeriums untereinander, etwa bei Fragen zur Energiewende und zum Thema Wald.

Die Energiewende in Niedersachsen braucht noch erheblich mehr politische Energie, um zum Erfolgsmodell zu werden. Dabei ist das Land bereits Weltmeister



im Ausbau der Erneuerbaren: Die Entwicklung ist bereits so weit vorangeschritten, dass ein weiterer Ausbau der Bioenergie kaum mehr auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen wird – jedenfalls solange die Biogasanlagen weiterhin vor allem mit Mais betrieben werden.

Beim Thema Windenergie ist noch nicht erkennbar, welches Ziel die zuständigen Ministerien haben und inwieweit auch Grenzen des Ausbaus der Windkraft an Land ermittelt und definiert werden sollen. Die Ankündigung, der Ausbau solle nur mit der Akzeptanz der Bevölkerung und unter Berücksichtigung der Biologischen Vielfalt erfolgen, muss erst noch mit Leben gefüllt werden. Aus Sicht des BUND sind die vorrangigen Aufgaben für die Energiewende stärkeres Energiesparen und Energieeffizienz. Diese Punkte tauchen auf der Agenda der Landesregierung bisher kaum auf. Ähnlich sieht es bei dringend nötigen Impulsen für verträgliche Energiespeicher aus, die als Grundlage für Windstrom und zur Vermeidung oder wenigstens Verkleinerung eines Netzausbaus quer durch Niedersachsen nötig sind.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz zogen BUND, Greenpeace und NABU eine kritische Bilanz nach einem Jahr Rot-Grün.
Foto: BUND

Dr. Stefan Ott

► Weitere Informationen unter:
www.bund-niedersachsen.de

BUND-Burghotel Lenzen wirtschaftet ökologisch



Die BUND-Burg Lenzen ist idyllisch im Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe gelegen. Foto: BUND

Seit 1993 ist der BUND Niedersachsen im Besitz der historischen Burganlage in Lenzen an der Elbe. Nach der Wende schenkte der Eigentümer das Anwesen dem Umweltverband mit dem ausdrücklichen Wunsch, dass das Baudenkmal Mensch und Natur von Nutzen sein solle. Der BUND hat dort in langjähriger Arbeit nicht nur ein wunderschönes Hotel geschaffen, sondern die Burg ist auch Sitz des „Europäischen Zentrums für Auenökologie, Umweltbildung und Besuche-

► Angebote und weitere Veranstaltungen des Burghotels unter www.burghotel-lenzen.de

„BIO HOTELS“ ist der größte Zusammenschluss ökologischer Hotels mit fast 100 Hotels in acht europäischen Ländern. Nachhaltiges Wirtschaften, regionaler Einkauf und umweltfreundliche Energie- und Abfallkreisläufe sind für alle Mitglieder verpflichtend. Als erste Hotel-Angebotsgruppe haben sich die „BIO HOTELS“ der Zertifizierung durch „eco hotels certified“ unterzogen. Damit ist die ständige Verbesserung der CO₂-Bilanz das erklärte gemeinsame Ziel. Mehr Informationen finden Sie unter: www.biohotels.info

information“. Viele Naturschutzprojekte werden von dort aus initiiert und zum Erfolg geführt, und Tausende Touristen informieren sich jährlich im Besucherzentrum und bei Exkursionen über das „Unesco-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe“.

Das Burghotel Lenzen hat sich inzwischen zum Vorbild für ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften gemauert. Seit Januar ist es das erste nach den Richtlinien der „BIO HOTEL“-Gruppe zertifizierte Hotel in Brandenburg. Ob Lammsalami aus der Lenzerwische, fangfrischer Fisch aus der mecklenburgischen Müritz, Fleisch aus dem Havelland oder Bier aus Stralsund – im Burgrestaurant Lenzen serviert Chefkoch Knut Jessen schon seit 2010 Biokost.

Seither wurden sämtliche betriebliche Strukturen angepasst: Alle Lebensmittel sind in Bio-Qualität, letzte Kosmetikartikel, Reinigungsmittel und Büromaterialien sind auf ökologische Produkte umgestellt, in Kürze wird auch die Bettwäsche ein Bio-Siegel tragen. Die 40 Zimmer sind schon seit der Eröffnung des Hotels vor sieben Jahren mit Möbeln aus Vollholz ausgestattet. Die „BIO HOTEL“-Gruppe lässt bei der Zertifizierung nur drei Ausnahmen zu. Knut Jessen hat sich schnell für zwei entschieden: „Die nehme ich für meinen Prignitzer Knieperkohl in Anspruch und für eine unserer Biersorten, das Dunkelbier vom Fass“.

Für Gäste, die Naturgenuss und Erholung mit hohen ökologischen Ansprüchen verbinden möchten, bietet das Burghotel Lenzen einen idealen Urlaubsort. Als Teil des Besucher- und Tagungszentrums Burg Lenzen liegt es mitten im Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe. Der romantische Burgpark und die umgebende Elbtalau mit dem Elberadweg bieten viele Möglichkeiten für Entspannung und Aktivitäten in der Natur. Das Besucherzentrum Burg Lenzen gibt Tipps zum Erkunden der Landschaft und lädt zu geführten Naturerlebnistouren ein – zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem Kanu.

Susanne Gerstner

Landwirtschaft

Genussvoll informieren mit der Kreisgruppe Göttingen

► Informationen und nächste Termine unter www.bund-goettingen.de

Bauernhöfe oder Agrarfabriken – wo sollen unsere Lebensmittel herkommen? Diese Frage beschäftigt auch die BUND-Kreisgruppe Göttingen. Um über die Lage der Landwirtschaft zu informieren, organisiert

sie seit 2011 im Rahmen der bundesweiten Aktion „Bauer hält Hof“ regelmäßig die „Göttinger Genussfahrten“.

Die Fahrten haben beispielsweise einen Käse- oder Hühnerhof oder eine Natursaftkellerei zum Ziel. Landwirte aus dem Göttinger Umland öffnen ihre Tore für die Besucher, zeigen ihre Betriebe und informieren über ihre Arbeit. Dabei werden zum Beispiel Tierhaltung, Unterschiede zwischen den Bio-Siegeln und Möglichkeiten der regionalen Versorgung vorgestellt und diskutiert. Anschließend verkosten die Teilnehmer die Produkte, die der Betrieb herstellt. So bieten die „Göttinger Genussfahrten“ Einblicke in die kleinbäuerliche, regionale Landwirtschaft und erfreuen den Gaumen.

Ann-Kathrin Schmidt



Die „Göttinger Genussfahrten“ bieten einen Blick hinter die Kulissen der Landwirtschaft. Foto: Ann-Kathrin Schmidt

Bingo-Jubiläumsprojekt

Niedersachsens Streuobstwiesen blühen auf

Wildbiene, Steinkauz und Laubfrosch können sich freuen! In Niedersachsen sind in den letzten Monaten bereits mehrere Streuobstwiesen neu angelegt worden – dank des Projekts „Streuobstwiesen blühen auf“. Die Niedersächsische Bingo-Umweltstiftung hat dieses Projekt zu ihrem 25-jährigen Bestehen ins Leben gerufen, koordiniert wird es vom BUND-Landesverband. Für die Pflege der neuen Wiesen haben sich in den jeweiligen Gemeinden unterschiedliche Kooperationspartner zusammengeschlossen, etwa Kreisgruppen von BUND und NABU oder Privatleute, Unternehmen und Naturschützer.

Das Ziel des Projekts ist es, alte Streuobstwiesen zu ertüchtigen, neue anzupflanzen sowie Ehrenamtliche und die Öffentlichkeit für das Thema zu begeistern. Denn Streuobstwiesen sind Oasen der Artenvielfalt.

In den ersten Monaten des Jubiläumsjahres war bereits einiges los: Auf alten Wiesen müssen große Obstbäume regelmäßig beschnitten werden. Dies ist für ehrenamtliche Streuobst-Schützer oft eine große Herausforderung. Denn mit Leitern kommt man nicht hoch genug und bringt sich dabei leicht selbst in Gefahr. Deshalb wurde der Kurs „Altbaumschnitt mit Seilklettertechnik“ angeboten. Drei Tage lang lernten dabei Ehrenamtliche nicht nur die Grundlagen des Obstbaumschnitts kennen, sondern vor allem einfache Sicherungstechniken, um mit Seil und Klettergurt große Obstbäume gefahrlos erklimmen zu können.



Wie man Kinder spielerisch für den Wert von Streuobstwiesen begeistert, damit beschäftigen sich die Teilnehmer einer Ausbildung zum „Streuobst-Pädagogen“, die Mitte März startete. An insgesamt fünf Wochenenden lernen sie Tiere und Pflanzen rund um das Biotop Streuobstwiese kennen und entwickeln pädagogische Angebote für jede Jahreszeit.

Mehr über das Jubiläumsprojekt und die Aktionen der kommenden Monate finden Sie auf der Website.

Thomas Mura

Ehrenamtliche lernten, große Obstbäume sicher zu schneiden.
Foto: BUND

► Weitere Informationen unter: www.bingo-jubilaeumsprojekt.de

Fachtagung

Gebäudesanierung und Artenschutz – ein Widerspruch?

Im Zuge der Energiewende werden immer mehr Häuser energetisch saniert. Was für das Energiesparen sinnvoll und notwendig ist, bringt für einige Vogel- und Fledermausarten Probleme mit sich: Ihre Nistplätze und Quartiere gehen beim Dämmen von Dächern und Fassaden verloren. Wie lassen sich Gebäudesanierung und Artenschutz in Einklang bringen? Darum ging es auf einer Fachtagung am 20. März in Hannover, zu der der BUND-Landesverband eingeladen hatte.

Mehr als 50 Teilnehmer – Mitarbeiter von Naturschutzbehörden und Wohnungsbaugesellschaften, Gutachter, Energieberater und Naturschützer – informierten sich über Möglichkeiten, die Lebensstätten der Tiere bei Sanierungen zu erhalten oder neu zu schaffen. Die Referenten zeigten, dass sich für fast jeden Gebäudetyp individuelle Lösungen finden lassen, um den Tieren eine Heimat zu geben. Ob ein auffälliger Fledermauskasten außen am Haus oder ein unscheinbarer Niststein zum Einbau in die Fassade – auch gestalterisch gibt es viele Möglichkeiten. In jedem Fall lohnt es sich, das Thema schon bei der Planung zu berücksichtigen. Dann ist es relativ problemlos, Nistkästen und Quartiere anzubringen, und verursacht nur geringe zusätzliche Kosten.

Vorgestellt wurde ein erfolgreiches Modellprojekt der Kreisgruppe Region Hannover. Dort bauen bereits mehrere Wohnungsbaugesellschaften bei energetischen Sanierungen Nistkästen und Fledermausquartiere ein. Zum Abschluss der Tagung entwickelten die Teilnehmer Ideen, wie sie künftig bei ihrer Arbeit Vögel und Fledermäuse stärker berücksichtigen können.

Der BUND-Landesverband veranstaltete die Tagung im Rahmen des Projekts „Klimaschutz und biologische Vielfalt unter einem Dach“. Das Projekt wird finanziell gefördert von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung. Die Fachtagung fand statt in Kooperation mit der Klimaschutzagentur Region Hannover und wurde unterstützt von proKlima.

Thomas Mura

► Weitere Informationen unter: www.artenschutz-am-bau.de



Rauchschwalben nisten unter einem Dachüberstand.
Foto: Jana Lübbert

Zehn Jahre Widerstand gegen den A 20-„KüstenautoWahn“



Mit bunten Aktionen kämpft der BUND seit 10 Jahren gegen den Bau der A 20. Foto: Hartmut Jungclaus

Vor zehn Jahren hat sich der „Koordinationskreis der Initiativen und Umweltverbände gegen die A 20 (A 22)“ gegründet. Von Anfang an beteiligten sich daran Vertreter der betroffenen BUND-Kreisgruppen, und auch der Landesverband unterstützt seitdem die Aktiven vor Ort. Im Jahr 2003 wurde die sogenannte Küstenautobahn A 22 zwischen Westerstede und Drochtersen in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen. Nach der „Zementierung“ des Projektes im Bedarfsplan 2004 schossen die Bürgerinitiativen entlang der 120 Kilometer langen Planungstrasse wie Pilze aus dem Boden. Um den Widerstand zu bündeln, gründete sich im November 2004 der Koordinationskreis.

Für die A 22, inzwischen in A 20 umbenannt, wird nur eine sehr geringe Auslastung prognostiziert. Dem regionalen Verkehr kann sie kaum nutzen. Sie würde aber zahlreiche verkehrsarme, unzerschnittene Räume durchtrennen, die so dringend notwendig sind für den Erhalt der biologischen Vielfalt: Knapp die Hälfte der Trasse verläuft durch wertvolle Moore, und etliche europäische Schutzgebiete würden beeinträchtigt. Der Koordinationskreis setzt sich konstruktiv für eine nach-

haltige Mobilität und für den Erhalt des unzerschnittenen ländlichen Raumes ein. Dazu organisierte er in den vergangenen zehn Jahren viele bunte Aktionen, Solidaritätskonzerte, Fahrradsternfahrten und Informationsveranstaltungen, führte Gespräche mit Politikern und machte intensive Pressearbeit. Schon frühzeitig durchkreuzten die A 20-Gegner die Planung mit Gutachten. Sie haben ein detailliertes Alternativenkonzept erarbeitet, und eine Nutzenanalyse entkräftete eindeutig das Argument, die A 20 sei für die Hinterlandanbindung der Seehäfen notwendig.

Der Koordinationskreis hat frühzeitig mit verschiedenen Umweltverbänden, Verkehrsverbänden, Politikern, Betroffenen und Experten kooperiert. Um die Beratung durch einen kompetenten Rechtsanwalt und mögliche Klagen zu finanzieren, wurde ein Schutz- und Klagefonds eingerichtet.

Die Planung der A 20 geht zwar weiter. Aber das hohe Niveau der Arbeit der Gegnerschaft hat schon manchen Tribut von der Planung gefordert. Nach zehn Jahren ist von den sieben Abschnitten der Autobahn erst einer im Planfeststellungsverfahren. Aktuell hat sich der BUND intensiv bei der neuen Konzeption des Bundesverkehrswegeplans 2015 eingebracht und Alternativen vorgeschlagen, wie den Ausbau vorhandener Straßen, die Nutzung bestehender Bahntrassen und – naheliegend an der Küste – den Vorzug des Seewegs vor dem Landweg. Diese Alternativen sind lokal wirksam, umweltfreundlich und kostengünstiger.

Susanne Grube

Atompolitik

Der BUND geht in die Endlager-Kommission

Nach einer breiten, intensiven, teilweise kontroversen Diskussion hat der Gesamtrat des BUND – in dem die VertreterInnen der Landesverbände, des wissenschaftlichen Beirates und der Bundesvorstand sitzen – am 12. April mit großer Mehrheit entschieden, einen der beiden Plätze in der Kommission zum Endlager-suchgesetz zu besetzen. Diese Entscheidung hat im Verband viele Fragen und Kritik ausgelöst. Weshalb der Schritt aus niedersächsischer Sicht richtig ist, möchten wir hier erläutern.

Der BUND fordert auf allen Ebenen die Verbände-beteiligung und die Bürgerbeteiligung. Das muss auch für die Suche nach einem Atommülllager gelten. Wir haben in Niedersachsen unsere leidvollen Erfahrungen, was geschieht, wenn durch Trickereien, Vertuschungen und durch falsche Sicherheitsversprechungen angeblich alle Fragen beantwortet werden. Gorleben, Morsleben, Asse und Schacht Konrad sind hinreichend Beispiele dafür. Deshalb müssen wir denen, die Entscheidungen über die Sicherheit für eine Million Jahre fällen, eindringlich auf die Finger schauen, denn Niedersachsen wird auch von der zukünftigen Suche nach einem Lager betroffen

sein. Deshalb müssen wir von Anfang an dabei sein und für Transparenz und Öffentlichkeit sorgen, nicht von außen, sondern von innen, aus der Kommission heraus.

Wir wollen verhindern, dass das sogenannte Standortsuchgesetz als „Gorleben-Absicherungsgesetz“ missbraucht wird, um Gorleben gerichtsfest zu machen. Wir müssen deshalb mit am Tisch sitzen und unserer Forderung nach einer Evaluierung des Gesetzes deutlich Nachdruck verleihen. Die Novellierung des Gesetzes wird der erste Test, ob alle Beteiligten daran interessiert sind, aus dem parteipolitischen Konsens einen gesellschaftlichen Konsens mit einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung zu machen. Das ist mehr als eine einfache Anhörung.

Wir sind sicher, dass es richtig ist, sich hier nicht zu verweigern, sondern Einfluss auf die Diskussion in der Kommission zu nehmen. Nur so können wir beurteilen, ob die richtigen Wege beschritten werden. Die Bundesversammlung des BUND wird 2015 überprüfen, ob es einen ernsthaften Neuanfang gibt oder eine neue Mogelpackung entsteht. Ganz klar ist: Für Letzteres steht der BUND nicht zur Verfügung.

Renate Backhaus, Heiner Baumgarten

Herausgeber:
BUND Landesverband
Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Tel: (0511) 965 69-0
Fax: (0511) 66 25 36
bund.nds@bund.net
www.BUND-
Niedersachsen.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE76 25120510
0008498404
BIC: BFSWDE33HAN

Text und Redaktion:
Thomas Mura, Carla Juhre
thomas.mura@nds.bund.net

Satz und Layout:
silvi@weindok.de